

DAS VERFAHRENSVERZEICHNIS (§ 6 HDSG)

1. Grundsätzliches

Die Vorschrift ist 1998 mit der Novellierung des Hessischen Datenschutzgesetzes (HDSG) als Reaktion auf EG –Datenschutzrichtlinie verabschiedet worden.

Bis dahin galt, dass alle personenbezogenen Dateien, unabhängig davon ob diese automatisiert geführt wurden, **zentral** an den HDSB **zu melden** waren, der hierzu ein **Datenregister** führte. Dieses Register war zu keinem Zeitpunkt vollständig und aktuell.

Die EG-Datenschutzrichtlinie **verpflichtet** in Artikel 18 **zur Meldung von automatisierten Verarbeitungen personenbezogener Daten**. Der Inhalt dieser Meldung ist in Artikel 19 festgelegt. Die Regelung verfolgt insbesondere den Zweck, mehr Transparenz zu schaffen. Auch deshalb kann es von jedermann eingesehen werden.

2. Begriff des Verfahrens

Das Verzeichnis wird für Verfahren geführt. Eine Erläuterung des Begriffs gibt es im Gesetz nicht. Eine Definition ergibt sich aus der IT-Technik, nach dem es sich dabei um die **Gesamtheit aller automatisierten Verarbeitungsschritte zur rechtmäßigen Erfüllung eines bestimmten Verwaltungszweckes** handelt. So zum Beispiel das Führen eines Einwohnermelderegisters (nach dem Hessischen Meldegesetz), die Verarbeitung von Lehrer-, Schüler- und Elterndaten für schulorganisatorische Zwecke (§ 83 SchG) oder eine automatisierte Zeiterfassung und Urlaubsverwaltung (§ 34 HDSG).

Der Verfahrensbegriff setzt die Erfüllung eines bestimmten Verwaltungszweckes voraus. **Standardverfahren ohne Anbindung an eine bestimmte Verwaltungsaufgabe**, die übergreifend als „Werkzeug“ eingesetzt werden (einfache Telefonanlage oder ein Textverarbeitungssystem) erfüllen für sich genommen nicht diesen Anspruch.

Werden Standardverfahren allerdings dafür verwendet, eine **Fachaufgabe** zu erfüllen oder deren Erfüllung zu unterstützen, wie z.B. die Führung einer Bewerberkartei zur Unterstützung von Auswahlverfahren mit z.B. Excel oder Word oder eine Adressdatei mit Access, so ist dieser Einsatz als Verfahren zu qualifizieren, für das in der Folge ein Verzeichnisse zu erstellen ist.

3. Zweck des Verzeichnisses

Die automatisierte Verarbeitung personenbezogener Daten soll Transparent gemacht werden. Art. 21 EG-Datenschutzrichtlinie sieht vor, dass die Öffentlichkeit der Verarbeitung sichergestellt wird. Deshalb besteht ein grundsätzliches Einsichtsrecht (§ 6 Abs. 2 HDSG).

Außerdem soll die Führung der Verzeichnisse bei den Datenschutzbeauftragten der öffentlichen Stelle auch dazu beitragen, deren Informationsrechte sicherzustellen und sie in ihren Kontrollbefugnissen zu unterstützen.

4. Inhalt

Die Inhalte sind in Art. 19 EG-Datenschutzrichtlinie festgelegt. Da das HDSG nur die Verarbeitung personenbezogener Daten durch öffentliche, hessische Stellen regelt, ergeben sich bei den notwendigen Aufgaben inhaltliche Unterschiede.

Der notwendige Inhalt ist in den Absatz 1 Nummern 1 bis 11 festgelegt

4.1

Name und Anschrift der Daten verarbeitenden Stelle (§ 6 Abs. 1 Nr. 1)

Es ist die Stelle zu nennen, bei der nach Absatz 2 das Verzeichnissverzeichnis eingesehen werden kann. Dem Transparenzgebot ist genügt, wenn **die das Verfahren einsetzende Stelle** benannt ist, bei der das Verzeichnis zur Einsicht bereitsteht, also die Daten verarbeitende Stelle.

4.2

Zweckbestimmung u. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung (§ 6 Abs. 1 Nr.2)

Rechtsgrundlage und Zweckbestimmung sind eng miteinander verknüpft, weil sich aus der Rechtsgrundlage regelmäßig die Zweckbestimmung der Datenverarbeitung ergibt. Diese Angaben sind zentrale Bestandteile des Verzeichnisses, weil sich aus diesen die Zulässigkeit der Datenverarbeitung nach § 7 HDSG ergibt: Die Verarbeitung personenbezogener Daten im Geltungsbereich des HDSG ist nur erlaubt, wenn eine außerhalb oder innerhalb des HDSG liegende gesetzliche Grundlage, das HDSG selbst oder die Einwilligung des Betroffenen sie erlaubt und diese sich im Rahmen der Zweckbestimmung bewegt.

Dabei können mehrere Rechtsgrundlagen in Frage kommen:

Die Verarbeitung von Namen und Adresse ausgeliehener Buchtitel kann sich aus der Satzung einer öffentlichen Bibliothek für die Dauer der Leihe rechtfertigen. Eine darüber hinausgehende Speicherung des Titels darf nur mit Einwilligung des Betroffenen erfolgen, so z.B. um den Hinweis einer Doppelausleihe geben zu können. Als Rechtsgrundlage sind sowohl die Bibliotheks-Satzung als auch die Einwilligung anzugeben.

4.3

Art der gespeicherten Daten (§ 6 Abs. 1 Nr. 3)

ES muss nicht jedes einzelne Datum aufgeführt werden, sondern es genügt die **Datenart** zu bezeichnen (z.B. Adresse). Allerdings muss jedes einzelne Datum von einer Rechtsgrundlage nach Nr. 2 gedeckt sein.

4.4

Kreis der Betroffenen (§ 6 Abs. 1 Nr. 4)

Betroffene sind alle Personen, über die Daten gespeichert bzw. deren Daten verarbeitet werden. Der Kreis der Betroffenen muss dabei korrekt eingegrenzt und möglichst konkret benannt werden (Bsp.: „Personen, die nach den Meldepflichten des Infektionsschutzgesetzes erkrankt sind“ und nicht „an Infektionen erkrankte Personen“).

Sind mehrere Betroffenenkategorien genannt, muss jede Kategorie zugeordnet werden. Bsp.: ein Verfahren, das die Zuweisung Wohnungen an Wohnungssuchende regelt und deren Daten ebenso beinhaltet wie die Daten von Vermietern.

4.5

Datenübermittlungen im Geltungsbereich der EG-DSCHRI (§ 6 Abs. 1 Nr 5)

Bei Datenarten, die zur Verarbeitung mit dem Verfahren regelmäßig empfangen werden, ist die Herkunft anzugeben und bei Datenarten, die regelmäßig aus dem Verfahren übermittelt werden, sind die Empfänger aufzuführen.

4.6

Zugriffsberechtigte

Zugriffsberechtigte Personen oder Personengruppen sind zu beschreiben. Allerdings sind die Personen nicht namentlich zu nennen, denen ein Zugriff eröffnet wird. Vielmehr sind die berechtigten Personen funktional zu beschreiben, z.B. Sachbearbeiter mit bestimmten, anzugebenden Zuständigkeiten oder mit einem bestimmten Aufgabengebiet). In großen Verfahren wird mit **Rollen- und Berechtigungskonzepten** gearbeitet.

4.7

Technische u. organisatorische Maßnahmen nach § 10 HDSG (§ 6 Abs. 1 Nr. 7)

Die getroffenen **technischen und organisatorischen Maßnahmen zu Datenschutz und Datensicherheit nach § 10 Abs. 2 HDSG** sind darzustellen.

Organisatorische Maßnahmen werden sich häufig in Dienstanweisungen oder Anordnungen niederschlagen, auf die verwiesen werden kann. Technische Maßnahmen sind weitgehend abhängig von der Technik des Verfahrens und deshalb in Bezug auf diese zu beschreiben. So sind z.B. bei vernetzten Systemen Maßnahmen zur Netzwerksicherheit zu ergreifen, die bei Einzelplatzverfahren nicht erforderlich sind.

4.8

Technik des Verfahrens

Technische Maßnahmen zur Datensicherheit des Verfahrens lassen sich nicht ohne die Darstellung der Technik kaum erschließen.

Eine Hilfestellung, was von Bedeutung ist, geben die Fragestellungen im Muster für das Verfahrensverzeichnis.

4.9

Löschfristen

Löschfristen können sich aus spezialgesetzlichen Regelungen ergeben, wie zum B. aus dem Beamtengesetz oder den Sozialgesetzbüchern. Sind keine speziellen Lösungsregelungen vorhanden, gilt § 19 Abs. 3 HDSG. Danach sind Daten zu löschen, wenn sie für die Aufgabenerfüllung der Daten verarbeitenden Stelle nicht mehr erforderlich sind.

Stehen Fristen zu Beginn der Datenverarbeitung fest, sind diese im Verfahrensverzeichnis anzugeben (so z.B. im Hessischen Beamtengesetz die Aufbewahrungsfrist von drei Jahren für Krankheits- und Urlaubsdaten).

4.10

Angaben zur DÜ an Empfänger in Ländern außerhalb des Geltungsbereichs der EG-DSCHRI (§ 6 Abs. 1 Nr. 10)

Außerhalb des Geltungsbereichs sind Übermittlungen nur zulässig, wenn ein angemessenes und vergleichbares Datenschutzniveau gewährleistet ist.

4.11

Ergebnis der Untersuchung nach § 7 Abs. 6 S.3 HDSG (§ 6 Abs. 1 Nr. 11)

In das Verfahrenverzeichnis ist auch das **begründete Ergebnis der Vorabkontrolle** aufzunehmen. Es genügt nicht zu vermerken, dass keine besonderen Risiken bestehen oder wenn ja, dass diese beherrschbar sind. Vielmehr ist kurz aber nachvollziehbar mitzuteilen, warum das Ergebnis dazu führt, die Datenverarbeitung für sicher zu erklären.

5. Verantwortung für die Meldung

Nach § 6 Abs. 1 HDSG hat der für die automatisierte Verarbeitung personenbezogener Daten **Zuständige** die Meldung zum Verfahrensverzeichnis zu erstellen. Innerhalb der Daten verarbeitenden Stelle hat diejenige Organisationseinheit, die für den Einsatz und die Nutzung des Verfahrens zuständig ist, die erforderlichen Informationen zusammenzustellen und an den Datenschutzbeauftragten weiterzuleiten.

6. Verantwortung für die Führung

Die Führung des Verzeichnisses obliegt nach § 5 Abs. 2 Nr. 4 HDSG dem Datenschutzbeauftragten der öffentlichen Stelle. Die für die Meldung zuständige Stelle hat das Verzeichnis an den Datenschutzbeauftragten zur Verfügung zu stellen.

7. Änderungen eines Verfahrens /Aktualisierung des Verzeichnisses

In § 6 befindet sich hierzu keine explizite Regelung. Allerdings ergibt sich aus § 7 Abs. 6, dass vor dem Einsatz eines neuen oder wesentlich geänderten Verfahrens eine Vorabkontrolle durchzuführen ist. Da diese in wesentlichen Teilen Bezug auf das Verfahren herstellen muss, ergibt sich der Zwang der Aktualisierung indirekt.

8. Form des Verzeichnisses

Im Gesetz ist keine bestimmte Form für die Führung des Verzeichnisses festgelegt.

9. Transparenz

9.1

Grundsätze

Grundsätzlich hat jedermann ein Einsichtsrecht in das Verzeichnis. Das betrifft auch Personen, deren Daten in dem Verfahren nicht verarbeitet werden. Allerdings fallen nicht alle im Verfahrenverzeichnis enthaltenen Angaben unter das Einsichtsrecht. Soweit durch das Einsichtsrecht die Sicherheit des Verfahrens beeinträchtigt ist, können Einschränkungen vorgenommen werden. Dies wäre z.B. der Fall, wenn konkrete Sicherheitsmaßnahmen in einer Behörde beschrieben werden, deren Kenntnisnahme dazu führen könnte, dass unberechtigte Personen Zugriff auf personenbezogene Daten nehmen. In Hessen darf deshalb die Daten verarbeitende Stelle die Einsicht in die Angaben nach Nr. 7, 8 und 11 soweit beschränken wie dies erforderlich ist, um derartige Beeinträchtigungen der Sicherheit zu vermeiden.

9.2

Ausnahmen des Einsichtsrechts

Satz 2 regelt die Ausnahmen des Einsichtsrechts. Dies betrifft nicht nur sicherheitsrelevante Bereiche sondern ist weiter gehend oder ggf. sogar ausgeschlossen (z.B. Strafverfolgungsbehörden, Zoll, Verfassungsschutz etc.).